



Erklärung

Die Mitgliederversammlung der Landesseniorenvertretung Thüringen e. V. vom 10. Mai 2011 fordert die Wiederaufnahme eines NPD-Verbotsverfahren!

Die Politik der NPD

Die NPD ist eine Partei, die seit fast 50 Jahren immer wieder durch ihre zynische und menschenverachtende Politik Aufmerksamkeit erregt. Dabei zeigt sie offen, dass sich ihre nationalistische, völkische und revanchistische Ideologie an den Nationalsozialismus orientiert. Sie pflegt Kontakte zu gewaltbereiten Neonazis und anderen rechtsextremen Gruppierungen weltweit. Viele vorbestrafte Neonazis sind führende Mitglieder der NPD, die durch Wahlerfolge an parlamentarischer Arbeit partizipieren.

Die NPD ist nicht mit dem Grundgesetz vereinbar

Im Thüringer Verfassungsschutzbericht 2009 heißt es: *„Die NPD verfißt eine verfassungseindliche Ideologie. Von Rassenhass und Antisemitismus geleitet verfolgt sie das Ziel, die von ihr als ‚System‘ bezeichnete freiheitliche demokratische Grundordnung zu beseitigen.“* Ob Aussagen von öffentlichen Reden vieler NPD-Politiker, Zitate aus Flugblättern oder Forderungen aus Parteiprogrammen: Unzählige dieser öffentlich zugänglichen Quellen dokumentieren die Einschätzung des Verfassungsschutzes. Dass es sich bei der NPD um eine verfassungswidrige Partei handelt, ist bereits heute nachweisbar.

Keine Finanzierung der NPD durch Steuermittel

Den Parteienstatus der NPD betrachten wir als Zumutung, denn wer die Demokratie gefährdet, darf vom Staat nicht finanziell unterstützt werden. Dies ist vor dem Hintergrund der nationalsozialistischen Geschichte Deutschlands ein unerträglicher Zustand für alle Demokraten in der Bundesrepublik.

Ein Verbot schwächt rechtsextreme Strukturen

Mit einem erfolgreichen NPD-Verbotsverfahren wäre das komplexe Problem des Rechtsextremismus in Deutschland nicht gelöst. Es hätte aber zumindest zur Folge, dass die NPD keine finanzielle Unterstützung des Staates mehr erhält, nicht länger über Propagandaplattformen, Parteivermögen, Parteilokale und Parteimedien sowie sämtliche Organisationsstrukturen verfügt. Die wichtigste Organisation der extremen Rechten in Deutschland wäre handlungsunfähig und parlamentarisch nicht mehr präsent.

Ungeachtet dessen ist die Landesseniorenvertretung Thüringen e. V. der Auffassung, dass der Kampf gegen Rechtsextremismus inhaltlich geführt werden muss, damit diese Ideologie für Menschen aller Altersgruppen ihre Attraktivität verliert. Dazu müssen auch ausreichend (pädagogische) Rahmenbedingungen geschaffen werden.